

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. jährlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Bestellungen und Post-Geschäfte, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich der Verlag das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4 gespaltene Raumzeile 20 Kpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Reklameweile im ersten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorkosten nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über. wir keine Garantie. Jeder Redaktionsantrag enthält, wenn der Verlag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 281 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Verlag: Dresden 2640

Donnerstag, den 1. Dezember 1932

Geldsorgen.

Daß wir uns mit der Reichsmark nicht an das englische Pfund Sterling anhängen, dürfte heute auch von denen gebilligt werden, die unser Jögern damals tadelten. Denn die englische Währung macht eine überaus empfindliche Störung und Erschütterung durch, und in ihrem Gefolge befindet sich der „Sterling-Club“, also die Währungen jener Länder, die sich an die Abwärtsbewegung des Pfund Sterlings angeschlossen hatten und nun gleichfalls den Goldstandard aufgaben. Und zu diesen Ländern traten — mit Ausnahme Südafrikas — alle englischen Dominien und Kolonien. Die Währung eines Drittels der Erdballs ruht also wieder einmal nach unten, und was dies wirtschaftspolitisch für den ganzen Erdball bedeutet, dürfte auch dem — schadenfreudigen Auge nicht unklar bleiben.

Darum wäre es eine mehr als kurzfristige Schadenfreude, wenn wir Deutsche uns mit einiger Genugtuung darüber die Hände reiben, daß Amerika gegenüber seinen alliierten und assoziierten Kriegsschuldnern ebenso wie gegenüber den staatlichen Neuschöpfungen des Präsidenten Wilson, also der Tschechoslowakei und Polens, auf seinem eigenen Boden bestehen will. Es handelt sich dabei um eine Zins- und eine Rückzahlungsrate, und Amerika will bar Gold sehen. Gewiß, die amerikanische Regierung ist selbst finanziell schwer im Druck, und daß ihre europäischen Schuldner nicht früher eine Neuregelung der Verpflichtungen beantragen, lag im wesentlichen daran, daß ein solches Vorhaben gar keinen Zweck in der Zeit vor den Wahlen gehabt hätte und man deshalb auf diese Lage Rücksicht nehmen mußte. Inzwischen ist aber das Loch im amerikanischen Haushalt so groß geworden, daß irgend etwas geschehen muß; die Verzinsung der binnen-amerikanischen Anleihen, deren Ertrag man einst den Alliierten pumpete, macht aber auch einen erheblichen Teil der Verpflichtungen des amerikanischen Staates gegenüber seinen Bürgern aus, die also durch Steuern die Mittel für diese Zinszahlung aufzubringen haben. Wenn also weder England noch Frankreich in ihre Staatshaushalte als Ausgabeposten diese Schuldenverpflichtungen einsetzten, so dachte man in Washington gar nicht daran, Entsprechendes zu tun, also jene Verpflichtungen als Einnahmeposten im Etat zu verzeichnen. England will und muß ja jetzt zahlen, wird aber vielleicht noch damit durchkommen, vom Präsidenten Hoover eine Hinausschiebung der Bezahlung von etwa einem Drittel der Verpflichtungen zu erlangen, jenes Teiles der Schulden nämlich, der die Abzahlungsrate umfaßt. Die Zinsen aber sollen in Gold nach Amerika wandern, denn mit Pfundnoten dürfte man in Washington nicht zufrieden sein. Und man will dieses für England aus allgemeinen weltwirtschaftspolitischen Gründen natürlich sehr peinliche Erfuchen diesmal besser motivieren als bei der ersten Bitte um Stundung.

Inzwischen „tut sich“ allerhand in Frankreich, was für Deutschland nun keineswegs etwa bloß ein „akademisches Interesse“ hat. Die Rechte reitet eine — vielleicht befähigte — Attache auf den Ministerpräsidenten Herriot, der so oft erklärt habe, daß die Kriegsschulden und die deutschen Reparationen ein untrennbares Ganzes wären, Frankreich also keine Schulden mehr an Amerika zahlen werde, weil und solange Deutschland keine Tribute mehr bezahlt. Ausdrücklich habe die französische Kammer beschlossen, an Amerika nicht mehr und nur soviel zu bezahlen, als Frankreich von Deutschland bekomme, — und das ist nicht bloß bei der Rechte der Fall, sondern auch die Sozialistische Partei Frankreichs spricht von einer „tatsächlichen“ Verbindung zwischen Kriegsschulden und Reparationen. Einen entsprechenden Antrag auf Nichterfüllung der Verpflichtungen an Amerika hat die Rechte bereits vorbereitet, aber vorläufig erst noch einmal die ganze Schuldenfrage den zuständigen Kammerausschüssen überwiesen. Herriot ist eckig im Gebänge und könnte einem Mißtrauensvotum wegen dieser Frage wohl erliegen. Dann läme aus diesem Sturm mindestens eine politische Demonstration gegenüber Washington heraus, und besonders empfindlich wurde man berührt durch den Vorschlag eines amerikanischen Kongressmitgliedes, Frankreich brauche, um einen Teil seiner Schulden an Amerika zu bezahlen, nur seinen Kolonialbesitz in den Antillen, also in Westindien, zu verkaufen. Einen entsprechenden Vorschlag an England haben die Amerikaner schon früher gemacht; denn es ist ihnen wenig angenehm, daß erstens europäische Kolonien in Amerika überhaupt, zweitens und besonders an den Zufahrtswegen zum Panamakanal liegen. Wir aber sollten es uns in Deutschland nicht verhehlen, daß die Douanier Konferenzergebnisse immer „problematischer“ werden.

Phantasien über Schulden.

Die Frage der Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu den Forderungen europäischer Staaten, besonders Frankreichs und Englands, die fälligen Kriegsschulden den räten zu funden, steht zur Zeit im Mittelpunkt des internationalen Interesses. Man weiß darauf hin, daß von der Haltung Amerikas die bevorstehenden

Immer neue Ueberraschungen.

Die nationalsozialistische Führerbesprechung in Weimar.

Zu der am Mittwochnachmittag in Weimar stattgefundenen dreistündigen nationalsozialistischen Führerbesprechung, an der Adolf Hitler, Dr. Frick, Straffer, Göring und Dr. Goebbels teilnahmen, wird von offizieller nationalsozialistischer Seite erklärt, daß es sich bei dieser Besprechung nicht um Fragen der augenblicklichen Regierungskrise gehandelt habe. Hitler habe sich vielmehr mit seinen Führern lediglich informativ unterhalten. Von einer Reise Hitlers nach Berlin sei in nationalsozialistischen Kreisen nichts bekannt. Auf jeden Fall bleibe Adolf Hitler für die Nacht zum Donnerstag in Weimar, um dann für den Rest der Woche an den thüringischen kommunalpolitischen Wahlen teilzunehmen. Wenn von Berlin aus ein erneuter Besuch Adolf Hitlers erwartet werde, so sei es offenkundig, daß man von dort aus Adolf Hitler die Initiative zuschieben wolle.

Eine parteiamtliche Mitteilung der NSDAP.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: „Adolf Hitler, der zur Zeit zum Kommunalwahlkampf in Thüringen weilt, berief am Mittwoch Gregor Straffer, Dr. Frick, Goering und Dr. Goebbels zu einer Besprechung der politischen Lage nach Weimar. Die Besprechung trug rein informativem, internem Charakter.“

Kabinett von Schleicher wahrscheinlich.

Reichswehrminister von Schleicher erstattete dem Reichspräsidenten von Hindenburg am Mittwochnachmittag erneut einen Zwischenbericht über die innenpolitische Lage.

In politischen Kreisen nimmt man nunmehr mit ziemlicher Sicherheit an, daß, obwohl die Entscheidung noch nicht gefallen ist, von Schleicher in Kürze vom Reichspräsidenten gebeten werden wird, das Kabinett zu übernehmen, wobei es auch sicher sein dürfte, daß Herr von Schleicher gleichzeitig das Wehrministerium beibehält. Diese Lösung der Krise wird in weitesten Kreisen begrüßt; es ist anzunehmen, daß ein Präsidialkabinett von Schleicher der Zustimmung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und auch der Deutschnationalen sicher sein kann. Die Deutschnationalen dürften auf dem Standpunkt stehen, daß eine autoritäre Regierung geschaffen werden muß, und daß Personfragen gegenüber dieser Auffassung zurücktreten. Es ist also insbesondere unrichtig, wie das verschiedentlich behauptet wird, daß sich die Deutschnationalen für oder gegen eine der beiden Kandidaturen von Papen oder von Schleicher ausgesprochen haben. Die DNVP hat sich bisher lediglich für ein Präsidialkabinett eingesetzt.

Konferenzen, die Abrüstungskonferenz und die Weltwirtschaftskonferenz, stark beeinflusst werden würden, und in französischen politischen Kreisen erklärt man sogar, daß die gesamten Ergebnisse der Lausanner Konferenz in Frage gestellt sein würden, falls Amerika auf seiner ablehnenden Haltung bestände. Es gehe nicht an, daß die europäischen Staaten auf die Reparationszahlungen verzichten, wenn sie die Schuldenzahlungen an Amerika weiterzuleisten hätten. Es handele sich dabei nicht nur um eine politische Gerechtigkeit, sondern auch um eine solche der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheit. Denn es sei unmöglich, Deutschland von allen inneren und äußeren Schulden zu befreien, während die anderen Mächte unter der Last dieser Schulden zusammenbrächen.

Immer wieder bricht bei solchen Erwägungen — ob tatsächlich oder nur vorgegeben, bleibe dahingestellt — die Furcht vor der vom Druck der Reparationsschulden befreiten wirtschaftlichen Lähmung Deutschlands durch. Während wir selbst nur allzu geneigt sind, die Möglichkeit unseres Wiederaufstiegs mit Optimismus zu betrachten, traut uns das Ausland die Kraft zu, unsere so lange gefesselten Arme nach ihrer Befreiung sehr schnell wieder rühren und auf dem Weltmarkt als beachtenswerter, ja gefährlicher Konkurrent auftreten zu können.

Diese Einschätzung, die für Deutschland eigentlich recht schmeichelhaft ist, aber leider von gänzlich falschen Voraussetzungen ausgeht, zeigt sich auch in einer Kundgebung, in der der amerikanische Senator Harrison, der Vorsitzender des Finanzausschusses des neuen Kongresses sein wird, zur Schuldenfrage Stellung nahm. Bei einer völligen Schuldenstreichung sei zu berücksichtigen, daß die gesamten Schulden von Amerika, England, Frankreich, Deutschland und Italien sich auf etwa 65 Milliarden Dollar stellten. Wenn man hiervon die Vorkriegsschulden abziehe, so verblieben etwa

Die ungeklärte Haltung der NSDAP.

Bezüglich der Haltung der Parteien zu einem Kabinett von Schleicher ist noch weiter festzustellen, daß die SPD. an ihrer grundsätzlichen Haltung, wonach sie gegenüber einem solchen Kabinett in die Opposition zu gehen beabsichtigt, festhalten dürfte. Gänzlich ungeklärt ist die Haltung der NSDAP.

Trotz der offiziellen Feststellung aus Weimar, daß von einer Reise Hitlers nach Berlin „nichts bekannt“ sei, rechnet man in Berliner unterirdischen Kreisen nach wie vor damit, daß eine Verständigung zwischen Hitler und Herrn von Schleicher direkt oder indirekt doch noch zustandekommen wird.

Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß auch die NSDAP. schließlich ein Kabinett von Schleicher, das mit einem stark veränderten Programm vor den Reichstag treten würde, irgendwie eine andere Haltung einnehmen wird, als das gegenüber dem Kabinett von Papen der Fall war. Sollte sich eine Mitarbeit der Nationalsozialisten nicht herstellen lassen, so dürfte von Schleicher das Kabinett auch ohne die NSDAP. bilden können. Seine Entscheidung dürfte von Schleicher erst dann fällen, wenn in der einen oder anderen Form eine Klärung in der Haltung der NSDAP. eingetreten ist.

Der Ruf nach Schluß der Krise.

Die unerwartet lange Dauer der Regierungskrise und die völlige Unklarheit der Lage zeigt schon eine sehrliche Rückwirkungen besonders im wirtschaftlichen Leben. Es ist wirklich allerhöchste Zeit, daß endlich Klarheit geschaffen wird, was nun werden soll. In der Öffentlichkeit werden die Vorgänge der letzten Tage zum Teil sehr scharf kritisiert. Während die Weser-Zeitung in einer scharfen Kritik der Verhandlungsmethoden fordert, daß junge Menschen des nationalen Deutschlands an die Front kämen, um endlich die Krise zu beenden, fordert der politische Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Schmidt-Hannover, als Gebot der Stunde: Schluß mit dem Schauspiel Papen oder Schleicher! Eine Fortsetzung dieses Spiels wäre um so bedenklicher, wenn das Ergebnis nur in einer „Übergangslösung“ bestünde. Das Gebot der Stunde sei die Bildung einer krisenfesten Regierung mit klarem, einheitlichem Wirtschaftspläne. Hinter oder neben ihr werde sich die verlämpfte nationale Bewegung neu formieren. Der Versuch, die Regierungskrise zu verbreitern, dürfe nicht zu einer Krise im Kreise ausgeweitet werden. Das Prestige der Regierung habe schwere Einbuße erlitten, und die Gefahr gähre heran, daß der verbitterte Staatsbürger zugleich seinem Reichspräsidenten entfremdet werde. Es dürfe nicht sein, daß die Reichswehr irgendwie in den Wirbel der politischen Kämpfe hineingerissen werde.“

54 Milliarden Schulden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die sich wie folgt verteilen: Deutschlands Anteil daran betrage etwa ein Prozent, während für Frankreich 8 Prozent, für Italien 2 Prozent, für Amerika 39 Prozent und für England 50 Prozent verbleiben. Das Ergebnis sei im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder phantastisch. Deutschland würde — weifast schuldenfrei — einer der hauptsächlichsten Konkurrenten in der Welt sein (?!), und man müßte auch mit Frankreich und Italien rechnen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Jugend nicht zum Sklaven aus der wirtschaftlichen Kasse gemacht werde.

Diese Rede hat in Berliner politischen Kreisen größtes Versehen erregt. Harrison glaubt, aus seiner Aufrechnung schließen zu dürfen, daß Deutschland bei einer Schuldenstreichung so gut wie frei von allen Schulden sein würde und im kommenden wirtschaftlichen Wettbewerb an erster Stelle gegen alle Nationen marschieren könnte. Diese Auslassungen sind um so befremdlicher, als Harrison als der kommende Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats gilt. Man hält es für außerordentlich bedauerlich, daß jemand, der für eine so verantwortliche Stellung anzusehen sei, so unangehener sich unterrichtet sein könnte. Berücksichtigt man das Baseler Sachverständigengutachten, so geht schon allein daraus hervor, daß von den im Ausland aufgenommenen Geldern 10,3 Milliarden Mark an Reparationen wieder aus Deutschland herausgegangen sind. Die Auslandsschuld hat Deutschland nach wie vor in voller Höhe zu tragen. Erinnert sei ferner an das Lausanner Abkommen. Kein vernünftiger Mensch kann auf die Idee kommen, daß ausgerechnet Deutschland in einer so anerkannt schweren Wirtschaftslage im wirtschaftlichen Wettlauf besonders gut gestellt wäre.